Rede zur Eröffnung der Ausstellung

„*Sergei Magnitsky – Ein Zeugnis für russische Justiz und Demokratie*“

im Museum Check Point Charlie

Wenn Zivilcourage zum Tode führt – Rechtstaatlichkeit in Russland

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Magnitskaya,

Lieber Herr Browder,

Sehr geehrte Frau Hildebrandt,

Sehr geehrte Damen und Herren,

leider ist es ein trauriger und tragischer Anlass, weshalb wir uns heute hier treffen.

Nach einjähriger ungerechtfertigter Gefangenschaft ohne ordentlichen Prozess unter unmenschlichen Bedingungen ist vor genau zwei Jahren der 37jährige russische Anwalt Sergej Magnitsky in einem russischen Gefängnis qualvoll umgekommen. Er hinterließ eine Witwe, zwei Kinder und eine Mutter. Eine Mutter, die stark genug ist, um heute zu uns zu kommen und sich für die Bestrafung der Schuldigen in Russland einzusetzen.

Den zivilgesellschaftlichen Antrieb, den aufrechten Glauben an das Recht und die starke Persönlichkeit hat Sergej Magnitsky wohl von seiner Mutter vorgelebt bekommen. Sie ist noch heute Schikanen der russischen Behörden ausgesetzt und wird von denselben Menschen, die damals ihren Sohn verhaftet haben, zum Verhör einbestellt. Sie hat sich dieser Aufforderung mutig widersetzt und wiederholt Gerechtigkeit für ihren Sohn gefordert.

Vor einem solchen couragierten Verhalten verneige ich mich in tiefem Respekt.

Mich lässt der Fall der Inhaftierung von Sergej Magnitsky nicht los. Ich habe bereits im August 2009, als Mitglied der parlamentarischen Versammlung im Europarat, einen Bericht verfasst, in dem ich von den unmenschlichen Haftbedingungen, der Missachtung rechtstaatlicher Grundsätze und der Auskunftsverweigerung von russischen Amtsträgern in diesem Fall berichtet habe.

Für mich als Rechtsanwältin ist es immer noch unglaublich und persönlich sehr verstörend, dass ein Anwalt – eine Person der Rechtspflege – zum Objekt solcher Schikanen werden konnte. Ein aufrechtes Mitglied der Gesellschaft, das die Behörden seines Landes über einen millionenschweren Steuerbetrug informiert hat, wurde dafür von den vermutlichen Tätern in Gewahrsam genommen und misshandelt. Das trifft mich auch ganz persönlich.

Als Dimitri Medwedew zum russischen Präsidenten gewählt wurde, haben viele Menschen darauf gehofft, dass der Einsatz für Menschenrechte endlich glaubhaft gemacht wird. Leider ist außer ein paar griffigen Formeln, wie dem berühmten Kampf gegen den „Rechtsnihilismus“ nicht viel daraus geworden. Human Rights Watch schreibt in seinem

letzten Russland-Bericht: "*Präsident Dimitri Medwedews rhetorisches Bekenntnis zu Menschenrechten und dem Rechtstaat wurden bisher noch nicht von konkreten Schritten begleitet, die eine Zivilgesellschaft unterstützen würden.*"[1]

Solange Unschuldige ohne fairen Prozess inhaftiert werden und unter menschenunwürdigen Umständen, ohne Zugang zu medizinischer Versorgung, ohne Rechtsbeistand oder selbst einer Heizung während der bitterkalten Moskauer Wintermonate festgehalten und gefoltert werden, kann Russland nicht ernsthaft ein Rechtsstaat genannt werden, nicht ernst gemeint sein.

Deshalb setze ich mich gegenüber meinen Kollegen, die prioritär mit Außenpolitik beschäftigt sind, auch weiterhin dafür ein, die Missstände in Russland kritisch zu beobachten und Sergej Magnitsky wenigstens noch posthum Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Und ich werde nicht aufhören in allen Gesprächen mit meinem russischen Kollegen den Fall Magnitsky und vergleichbare Fälle von Menschenrechtsverletzungen anzusprechen.

Ich bin besonders froh, dass meine Fraktionskollegin Marina Schuster und mein Freund Dick Marty, zu den 53 Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gehörten, die am 6. Oktober diesen Jahres eine Deklaration unterschrieben haben, in der es heißt: "*Wir rufen Russland dazu auf, sofort die Personen zu belangen, die im Bericht des Human Rights Council aufgeführt wurden, die Einschüchterung der Familie Magnitsky zu beenden und eine unabhängige Bewertung des Falles durchzuführen.*"[2]

Zusammen mit den Entschließungen im europäischen, niederländischen, US-Amerikanischen, kanadischen und britischen Parlament über ein Einreiseverbot von 60 Personen, die in den Fall Magnitsky verwickelt sind, baut sich notwendiger internationaler Druck auf die russische Führung auf. Dies wird wenigstens dazu führen, dass sich die Handelnden in Russland beobachtet fühlen. Und hoffentlich auch dazu, in ähnlichen Fällen nicht noch einmal genauso eklatante Verstöße zu begehen.

Diese Parlamentsbeschlüsse, die anhaltende internationale mediale Aufmerksamkeit und nicht zu letzt auch diese Ausstellung hier, verdankt die Familie von Sergej Magnitsky Herrn Browder. Ohne seinen anhaltenden Einsatz und seinen beharrlichen Kontakt zu Entscheidungsträgern weltweit, wäre dieser Fall, wie andere, vermutlich schon längst in den russischen Archiven verschwunden und würde heute niemanden mehr interessieren.

Bisher hat haben die Strafverfolgungsbehörden noch keine nennenswerten Schritte zur Aufklärung des Falles Magnitsky eingeleitet. Es wurden lediglich ein paar Gefängnisaufseher versetzt und zwei Gefängnisärzte wegen fahrlässiger Tötung angezeigt.

Die fehlende Bereitschaft zur Aufarbeitung des Falles wird besonders offensichtlich, wenn man die Reaktion des russischen Innenministerium auf den Bericht des Vorsitzenden des Menschenrechtsrates Prof. Fedotov betrachtet. Der von Präsident Medwedew eingesetzte Rat stellt in seiner Untersuchung fest, dass Magnitsky ungerechtfertigt beschuldigt wurde, von Rechtswegen nicht hätte festgenommen werden dürfen und dass die handelnden

[1] „President Dmitry Medvedev's rhetorical commitments to human rights and the rule of law have not been backed by concrete steps to support civil society."
[2] "We call on Russia to immediately prosecute the people named in the Human Rights Council's report, cease the intimidation of Magnitsky's family and allow an independent evaluation in his case."

Beamten in einem klaren Interessenkonflikt standen. Dazu wird in einer überraschenden Klarheit festgestellt, dass Sergej Magnitsky von mindestens acht Aufsehern geschlagen wurde und dass der Wunsch der Familie nach einer unabhängigen Autopsie hätte erfüllt werden müssen.

Das russische Innenministerium äußerte hierzu knapp, dass die Erkenntnisse irrelevant und nicht zulässig seien. Dies ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Rechtsstaat nach Gutsherrenart und eines Mitglieds des Europarats wahrlich nicht würdig.

Wir sind hier heute weitab des Tatorts des Falls Magnitsky an einem historischen Ort, der selbst für jahrzehntelange Menschenrechtsverstößen steht. Heute Abend hat sich hier eine große Anzahl von Menschen zusammengefunden, die Interesse an dem Fall Magnitsky hat. Dies zeigt nicht zuletzt, dass Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit universelle Güter sind, welche alle Menschen einen und deren Einhaltung und Achtung uns allen ein Leben lang Aufgabe sein muss.

Ich hoffe dass diese Ausstellung zur weiteren Information beiträgt und die internationale Gemeinschaft und die russische Zivilgesellschaft ermutigt. Denn - und darüber dürfen wir uns hier keine Illusion machen - wahrer gesellschaftlicher Wandel muss aus dem Innern eines Landes kommen und durch eine starke Zivilgesellschaft voran getrieben werden.

Ich wünsche der russischen Bevölkerung, dass sie dieses Ziel erreicht und ich hoffe für Sie liebe Frau Magnitskaya, dass Ihrem Sohn noch späte – leider zu späte - Gerechtigkeit wiederfahren wird.

Vielen Dank